

Um was geht es?

Freihandelsabkommen wie TTIP & CETA sind Verträge zwischen Regierungen:

Sie stehen über nationalem und EU-Recht und sollen dem Handel zwischen Nationen dienen. In ihnen geht es letztendlich um die Abschaffung errungener Standards und die Aushöhlung demokratischer Grundrechte zugunsten weniger Konzerne.

Kernpunkte von TTIP und CETA:

- **Das Sonderklagerecht**

sieht vor, dass multinationale Unternehmen Staaten - aber nicht Staaten Unternehmen! - vor privaten Schiedsgerichten wegen entgangener Gewinne verklagen können. Solche Schadensersatzforderungen müssen aus Steuern finanziert werden und fehlen für andere wichtige Vorhaben.

Z. Bsp.: Uruguay hat Raucherschutzgesetze erlassen. Dafür wurde es von einem Zigarettenkonzern wegen entfallener Gewinne auf 2 Milliarden \$ verklagt!

Deshalb fragen wir PolitikerInnen am 23.01.2016:
Halten Sie und Ihre Partei es für richtig, dass Konzerne auf Kosten der Gesellschaft entschädigt werden, wenn sie Gewinneinbußen befürchten?

- **Die Negativlisten**

Alle Güter und Dienstleistungen, die in dieser Liste nicht erfasst sind, können von multinationalen Unternehmen angeboten werden. Öffentliche Bereiche wie Bildung, Gesundheitsvorsorge aber auch Wasserversorgung oder der öffentliche Nahverkehr könnten durch Privatisierung dem breiten Zugang entzogen werden.

- **Deshalb fragen wir PolitikerInnen am 23.01.2016:**
Wollen Sie und Ihre Partei die Bereiche drastisch ausdehnen, in denen die Gewinninteressen von Investoren die Gemeinwohlinteressen verdrängen?

Die Regulatorische Kooperation wird der nationalen Gesetzgebung vorangestellt. Hier erhalten Lobbyisten Einfluss auf die Gesetzesvorhaben bevor Parlamente oder die Öffentlichkeit davon erfahren. Damit werden die Einflussmöglichkeiten von WählerInnen und ParlamentarierInnen weiter beschnitten.

Z. Bsp. ließ die EU Pläne für ein Verbot besonders klimaschädlicher Treibstoffe fallen, weil Kanada

Was können wir tun?

Nur mit zivilgesellschaftlichem Druck können wir TTIP & CETA verhindern. Deshalb: Kommen Sie am 23.1.2016 zur Politikerbefragung!

- Informieren Sie sich und Ihre FreundInnen
www.ttip-unfairhandelbar.de
- Kommen Sie zur Strategiekonferenz gegen TTIP am 26. und 27. Februar in Kassel.



entsprechende Öle aus Teersanden in die EU exportieren will.

Deshalb fragen wir PolitikerInnen am 23.01.2016:
Haben Sie und Ihre Partei die Absicht, Investoren das verbriefte Recht zu geben, im Regulatorischen Rat sämtliche Gesetzesinitiativen zu prüfen und in ihrem Interesse zu zensieren, ehe sie in den Parlamenten diskutiert werden können?

- **Verträge**

Um Veränderungen zum Wohle der Bevölkerung vornehmen zu können, sollten Verträge grundsätzlich kündbar sein. Dennoch wird in diesen Handelsabkommen mit tiefgreifenden Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben keine Kündigungsmöglichkeit vorgesehen.

Wir werden die PolitikerInnen am 23.01.2016 fragen:

Sind Sie und Ihre Partei bereit diese unkündbaren Verträge abzuschließen? Wenn ja, warum? Wie begründen Sie ihre Entscheidung?

Mit welchen Folgen?

Kommt TTIP zustande, hätte dies schwerwiegende Folgen für uns alle:

Mindestlohn und ArbeitnehmerInnenrechte

wie Arbeitsschutzgesetze, Streikrecht und Personalschlüssel verbessern die Situation der Beschäftigten, stellen für Investoren aber Gewinneinbußen dar und werden eingeschränkt.

Umweltschutz

Z.B. europaweit verbotene krebserregende oder fruchtbarkeitsschädigende Stoffe in der Landwirtschaft sowie Risikotechnologien wie Fracking kommen durch die Hintertür zurück.

Verbraucherschutz

In den USA sind z.B. nur 11 Inhaltsstoffe in Kosmetika verboten, in der BRD sind es mehr als 1000, was entfallen würde. Die Kennzeichnung von hormonbehandelten und gentechnisch veränderten Produkten wird aufgehoben.

Gefährliche Finanzprodukte

die von den USA nach der Finanzkrise verboten wurden, würden durch TTIP und CETA wieder eingeführt.

Staatliche Förderungen

von Bildung, Kultur, Gesundheitswesen und günstigem Wohnraum können als Diskriminierung überseeischer Investoren ausgelegt und deswegen aufgehoben werden. So wird z. B. die Mietpreisbremse für international tätige Wohnungsunternehmen ein Klagegrund sein.

Öffentliche Versorgung

Wasserversorgung, Müllentsorgung und ÖPNV müssten transatlantisch ausgeschrieben werden und stünden der Privatisierung offen. Dies führt zu steigenden Preisen und sinkender Qualität.

Datenschutz

Eine weitere Aushöhlung ermöglicht ungehinderte Verwertung privater Daten durch gewinnorientierte Konzerne.